



## Wahlprüfsteine 2017

### des Trägerkreis Rüstungskonversion Jena und der Initiative für einen Thüringer Rüstungskonversionsfonds

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 24.09.2017 baten wir die Direktkandidaten der Parteien CDU, DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP uns ihre Position zu folgenden Fragen darzustellen:

1. Wie stehen Sie zur geforderten Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsproduktes?
2. Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten in Spannungsregionen und in Staaten, die Menschenrechte verletzen?
3. Sind Sie bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten?
4. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Firmen, die Rüstungsgüter produzieren, Anreize bekommen, auf zivile Produktion umzustellen?

---

**Es antwortet:**

#### **Frank Tempel, MdB, DIE LINKE, Wahlkreis 194**

Ich lehne die in der Diskussion stehende Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% des BIP entschieden ab. Dies würde die Rüstungsausgaben fast verdoppeln. Wir brauchen aber in Deutschland nicht mehr Waffen sondern bessere Schulen, bessere Krankenhäuser und ein gerechteres Sozialsystem.

Im Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl heißt es zu Rüstungsexporten ganz klar: "Unser Ziel ist, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird. Wir wollen mit gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften, Friedensbewegung und Kirchen Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein umfassendes Produktionsverbot ist das beste Mittel zur Eindämmung und Verhinderung von Rüstungsexporten."

Prinzipiell bin ich auch bereit in konkreten Fällen an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten. In unserer Fraktion gibt es aber eine Arbeitsteilung. Es kann nicht jeder Abgeordnete auf allen Gebieten aktiv sein und sich in die Fachmaterie einarbeiten. Deshalb sind die Außenpolitiker unserer Fraktion auf dem Gebiet die Fachleute und besonders engagiert.

Ich glaube, dass Rüstungsfirmen keine wirtschaftlichen Anreize brauchen die Produktion auf zivile Produkte umzustellen. Die meisten Konzerne mit Rüstungsproduktion haben eine bedeutende zivile Sparte. Der Weg besteht eher darin keine Rüstungsprodukte nachzufragen und Rüstungsexport zu verbieten.

*(Ungekürzte Antwort vom 29.08.2017)*